

StPr in/OSu/1. StR/ StR Dooflinger / StR Kubisch / 03 / 50 / 32 / 30 / 10.1

Ratsherr Mark Proch, NPD
Postfach 2326
24519 Neumünster

0427/2013/An

03.01.2018 A.

3 04.01.2018
ab 4.1.18 G.

Die Stadtpräsidentin
Neues Rathaus
Großflecken 59
24534 Neumünster

, den 03.01.18

Antrag zur Ratsversammlung

Betreff: Bulgaren und Rumänen in Neumünster

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

ich bitte um Aufnahme des folgenden Antrags in die Tagesordnung der nächsten Ratsversammlung am 13.02.18

Die Ratsversammlung möge beschließen:

Die Stadt wird aufgefordert:

1. Umgehend Gespräche mit der Polizei zu führen, um mögliche Schleuserstrukturen effektiver aufdecken zu können.
2. Etwas gegen das desolate Wohnumfeld von Bulgaren und Rumänen zu unternehmen. Hierbei müssen auf Umwelt-, Gesundheits- und Seuchenschutzaspekte berücksichtigt werden.
3. Gespräche mit dem Land Schleswig-Holstein und dem Bund zu führen, die zum Ziel haben müssen, einen weiteren Zuzug von Bulgaren und Rumänen zu reduzieren und Anreize für eine mögliche Rückkehr in die Heimat zu schaffen.

Begründung:

Im „Handlungskonzept Armut“, welches von der Stadt Neumünster im Oktober 2017 veröffentlicht wurde, wird ausführlich auf die Belastung durch den starken Zuzug aus Bulgarien und Rumänien eingegangen. Also Konsequenz werden im Handlungskonzept allerdings lediglich ein erweitertes Beratungsangebot und der Einsatz von Sprachmittlern zur besseren Verständigung gefordert.

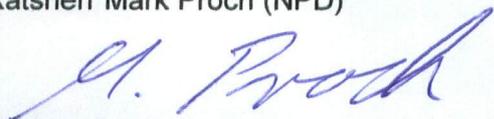
Diese Maßnahmen gehen uns Nationaldemokraten nicht weit genug. Ziel muß es vielmehr sein, Schleuser, die im Bericht verharmlosend als „Kümmerer“ bezeichnet werden, aufzudecken und strafrechtlich zu verfolgen.

Außerdem sind Maßnahmen im Wohnumfeld der Bulgaren und Rumänen zwingend notwendig, damit durch Müll und Unrat keine Umweltverschmutzung entsteht und die einheimischen Bürger nicht in Ihrer Lebensqualität beeinträchtigt werden. Das Gesundheitsamt sollte in diesem Zusammenhang prüfen, ob durch die Wohnungssituation gesundheitliche Beeinträchtigungen besonders bei schulpflichtigen Kindern entstehen, die

nach dem Infektionsschutzgesetz zum Schutz der Bevölkerung medizinisch behandelt werden müssen.

Als zwingend notwendige Maßnahme müssen Überlegungen angestellt werden, wie die Zahl der Bulgaren und Rumänen in Neumünster reduziert werden kann. Integration, wie im Handlungskonzept gefordert, ist keine Lösung! Hierzu sollte die Stadt Neumünster entsprechende Gespräche mit den zuständigen Behörden auf Land- und Bundesebene führen, um mögliche Anreize für eine Rückkehr in die Heimat zu schaffen. Aus Sicht der Nationaldemokraten ist es volkswirtschaftlich nicht vertretbar, daß Ausländer langfristig Sozialleistungen erhalten, obwohl sie nicht in die Sozialkassen eingezahlt haben.

Ratsherr Mark Proch (NPD)

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'M. Proch', written in a cursive style.